

Mit einem 40-Milliarden-Dollar-Plan steuern die USA auf ein Scheitern in der Ukraine zu

31 Mai 2022 11:12 Uhr

US-Offizielle haben ein verblüffend irreführendes Bild der Ukraine als ein mutiges und edles Bollwerk von Freiheit und Demokratie erschaffen. Das konventionelle Narrativ lässt uns glauben, dass die Ukraine eine osteuropäische Version Dänemarks ist.



Quelle: www.globallookpress.com © © Rahmatullah ALizadah

US-Ausrüstung auf dem Flughafen Bagram nach dem Abzug, 08.07.2021

Ein Kommentar von Scott Ritter

Der offensichtliche Mangel an Bewusstsein für Kontext, der die Afghanistan-Mission zum Scheitern verurteilte, ist für die USA ein anhaltendes Problem, wenn es um die Ukraine geht. Das Versäumnis, das Problem der Korruption zu einem Zeitpunkt anzugehen, zu dem der US-Kongress versucht, Mittel in Höhe von rund 40 Milliarden Dollar im Eiltempo durchzupeitschen, scheint kaum mehr als ein Beispiel dafür zu sein, dass sich die Geschichte wiederholt.

Der Gesetzentwurf umfasst elf Milliarden Dollar an Mitteln der Präsidentschaftsbehörde, die es dem Weißen Haus ermöglicht, militärische Ausrüstung und Waffen direkt aus US-Beständen zu versenden. Es sieht auch eine Finanzierung der Ukraine Security Assistance Initiative in Höhe von sechs Milliarden Dollar vor, die verwendet werden kann, um Waffen direkt von Herstellern zu kaufen und diese Waffen dann an die Ukraine zu liefern.

Oberflächlich scheint es hier nur um Waffen zu gehen. In dieser Finanzierung ist jedoch bis zu eine Milliarde Dollar vergraben, die für die Bezahlung der Gehälter und Renten ukrainischer Regierungsangestellter und Soldaten bestimmt ist. Dies ist keine einmalige Zahlung – die Regierung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij hat angegeben, dass bis zu sieben Milliarden Dollar pro Monat benötigt werden, um die Ukraine am Laufen zu halten. Während die meisten US-Bürger bei dem Gedanken, dass ihre Steuergelder verwendet werden, um ukrainische Soldaten und Beamte zu finanzieren, nicht wirklich erleichen werden, ist die Realität, dass ein Großteil dieses Geldes verwendet wird, um die Gehälter und Renten ultrarechter ukrainischer Politiker und Soldaten zu bezahlen, die eine neonazistische Ideologie vertreten. Kontext ist alles. Nach peinlichen Fotos, die gezeigt hatten, wie US-Soldaten Mitglieder des neonazistischen Asow-Bataillons ausbilden, [verabschiedete](#) der US-Kongress im Juni 2015 ein Gesetz, das die Ausbildung der Mitglieder von Asow durch das US-Militär sowie jegliche Weitergabe von US-Waffen an Asow verbot.

"Ich bin dankbar, dass das Repräsentantenhaus gestern Abend einstimmig meine Änderungsanträge verabschiedet hat, um sicherzustellen, dass unser Militär keine Mitglieder des abstoßenden Asow-Neonazibataillons ausbildet, zusammen mit meinen Maßnahmen, um die gefährlichen und leicht zu schmuggelnden MANPADs aus instabilen Regionen fernzuhalten", bemerkte der Abgeordnete John Conyers Jr., ein Demokrat aus Michigan, nachdem das Gesetz verabschiedet worden war.

Innerhalb eines Jahres setzte sich das Pentagon jedoch beim US-Kongress dafür ein, den Änderungsantrag von Conyers aus dem Haushalt 2016 zu streichen, und behauptete, der Änderungsantrag sei angesichts des bestehenden Leahy-Gesetzes unnötig, das die Finanzierung von Organisationen verbietet, die "grobe Verstöße gegen die Menschenrechte begangen haben". Das Problem war jedoch, dass der US-Kongress das Asow-Bataillon nie offiziell als eine Organisation bezeichnet hatte, die unter die Bestimmungen des Leahy-Gesetzes fällt. Dementsprechend erhielt das US-Militär erneut grünes Licht für die Ausbildung und Ausrüstung der Neonazi-Militärverbände der Ukraine. Der Kongress durchschaute schließlich diese Finte des Pentagons, fügte 2018 die Gesetzesänderung des Abgeordneten Conyers von 2015 wieder in den Verteidigungshaushalt ein, und legte fest, dass "keine in diesem Haushaltsgesetz bereitgestellten Mittel verwendet werden dürfen, um Waffen, Ausbildung oder andere Hilfe für das Asow-Bataillon bereitzustellen".

Die Biden-Regierung scheint sich zusammen mit dem US-Kongress jedoch damit zufriedenzugeben, die 2018 auferlegten Beschränkungen zu ignorieren – keines der derzeitigen Mittel, die der Ukraine zugewiesen werden, wird durch diese Beschränkungen behindert. Es scheint, dass es für US-Politiker ein Muss ist, die Ausbildung, Ausrüstung und Aufrechterhaltung des Neonazi-Elements in der Ukraine zu übernehmen.

Das Spektakel, dass der US-Kongress mit einem offiziellen Bericht konfrontiert wird, in dem ausführlich beschrieben wird, wie er die Verwendung von US-Steuergeldern erleichtert hat, um Neonazi-Militanz in der Ukraine zu fördern, wäre jedoch keine angenehme Lektüre. Auch nicht die Tatsache, dass dieses Geld mit wenig oder gar keinen Kontrollen an die Neonazi-Elemente der Ukraine übergeben wurde. Ohne eine Aufsichtsgruppe wie [SIGAR](#) werden die US-Steuerzahler absolut keine Ahnung haben, wie ihre hart verdienten Steuergelder ausgegeben werden.

Erpicht darauf, als Verteidiger einer angeblich freien und demokratischen Ukraine gesehen zu werden, scheinen die US-Senatoren der gleichen verblendenden Dringlichkeit zum Opfer gefallen zu sein wie ihre Brüder und Schwestern im Repräsentantenhaus. Aber das ist eine Sicht auf die Ukraine, die nur in den

Köpfen von Abgeordneten existiert, die einst wussten, dass die Verwendung von US-Steurgeldern zur Unterstützung ukrainischer Neonazis grundlegend falsch ist, die aber seitdem Opfer politisierter Russophobie geworden sind.

Aber eine SIGAR, die befugt wäre, in der Ukraine ausgegebene US-Steurgelder zu prüfen, wäre politisch unbequem und wird daher niemals existieren. Während es undenkbar erscheint, dass die Mitglieder des Kongresses die Lehren aus Afghanistan so schnell vergessen haben, wenn es darum geht, einem zutiefst korrupten politischen Regime in der Ukraine Milliarden von Dollar an schlecht verwaltetem Geld zur Verfügung zu stellen, ist die Realität, dass die USA eine Geschichte der Bereitstellung von Militärunterstützung für korrupte Elemente haben, die die gewünschten Ziele niemals erreichten.

Dies war nicht immer der Fall. Im März 1941 hatte Präsident Franklin D. Roosevelt dazu beigetragen, dem Ausdruck "das Arsenal der Demokratie" eine Bedeutung zu geben, als er die Mobilisierung der US-Industrie zum Zweck der Bewaffnung der Verbündeten im Kampf gegen den Faschismus beschrieben hatte. Unter dem sogenannten "[Lend-Lease Act](#)" hatten die USA dem Vereinigten Königreich, der Sowjetunion und China Militärhilfe in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt, um Nazideutschland und dem kaiserlichen Japan entgegenzutreten.

Die Wirkung des Programms war unbestreitbar gewesen, und es hatte eine entscheidende Rolle dabei gespielt, den Verbündeten der USA während des Krieges zu ermöglichen, zu überleben und letztendlich die Bedrohung durch einen gemeinsamen Feind zu besiegen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich die USA jedoch auf eine Reihe von Missgeschicken eingelassen, bei denen das "Arsenal der Demokratie" eingesetzt wurde, um Bestrebungen zu unterstützen, die trotz der Infusion von US-Geld und -Waffen letztendlich scheiterten.

Von 1961 bis zum Fall von Saigon im April 1975 gab Washington mehr als [141 Milliarden Dollar](#) aus, um die südvietnamesische Regierung in ihrem Krieg gegen den Kommunismus zu unterstützen, einschließlich militärischer Ausrüstung im Wert von mehreren zehn Milliarden Dollar, die als Teil der sogenannten "Vietnamisierung" geliefert wurden, einem Programm, das dem südvietnamesischen Militär die Möglichkeit geben sollte, ohne direkte US-Militärhilfe zu kämpfen und zu siegen. Als Saigon fiel, [erbeutete Nordvietnam](#) schätzungsweise US-Militärausrüstung im Wert von etwa fünf Milliarden US-Dollar, die von der nordvietnamesischen Armee fast zur Hälfte in ihre Streitkräftestruktur integriert werden konnte.

Nach der illegalen Invasion und Besetzung des Irak im Jahr 2003 gaben die USA rund 25 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau eines irakischen Militärs aus, das in der Lage sein sollte, auf eigenen Beinen zu stehen. Und doch, weniger als drei Jahre, nachdem die USA ihre Kampftruppen aus dem Irak abgezogen hatten, brach die irakische Armee im Sommer 2014 gegen die Streitkräfte des Islamischen Staates zusammen und überließ nicht nur die Stadt Mossul und weite Landstriche des Irak islamistischen Bewegung, sondern auch US-Militärausrüstung in Milliardenhöhe, darunter schwere Panzer und Artillerie.

In ähnlicher Weise erhielt das afghanische Militär zwischen 2005 und 2021 Waffen im Wert von mehr als 18 Milliarden Dollar aus dem "Arsenal der Demokratie" der USA. Aber als die afghanische Regierung im August 2021 zusammenbrach, fiel moderne US-Militärausrüstung im Wert von mehr als sieben Milliarden Dollar in die Hände der Taliban.

Was diese drei historischen Fehlschläge US-amerikanischer Militärhilfe verbindet, ist der von Hochmut getriebene Ehrgeiz, bei dem die politischen Realitäten vor Ort vom Militär ignoriert werden und dabei dessen ganzes Vertrauen in die Vormachtstellung der US-Militärausrüstung, -doktrin, und -training gesetzt wird. Durch die Unterstützung einer korrupten, ideologisch anstößigen Regierung in der Ukraine mit US-Militärausrüstung in Milliardenhöhe scheint die Biden-Regierung in die gleiche Falle zu tappen wie ihre Vorgänger, die das Feuer der von den USA unterstützten Konflikte in Südvietnam, im Irak und in Afghanistan geschürt haben.

Durch die Unterzeichnung des neuen "Lend-Lease Act", der darauf abzielt, die US-Militärhilfe für die Ukraine nach dem Vorbild des ursprünglichen Gesetzes während des Zweiten Weltkriegs zu beschleunigen, ignoriert die Biden-Regierung die Lehren der Geschichte, wenn es um die Bereitstellung von Militärhilfe geht, nämlich dass die unterstützte Sache gerecht sein muss. Nazideutschland und das kaiserliche Japan waren beides abscheuliche Regimes, die jene Gerechtigkeit verdient hatten, die ihnen die Alliierten zuteilwerden ließen, teilweise bewaffnet mit dem "Arsenal der Demokratie".

Im Laufe der Zeit haben die USA die kritische Eigenschaft ignoriert, die eine Sache haben muss, die des Opfers würdig ist, das vom Gegner aufgezwungen wird, und haben sich stattdessen darauf konzentriert, Regimes allein durch Waffengewalt aufrechtzuerhalten, die in vielerlei Hinsicht korrupter und der Unterstützung unwürdiger waren als ihre Gegner, gegen die diese Waffengewalt gerichtet war.

Durch die Unterstützung eines ukrainischen Militärs, das gründlich von der abscheulichen Ideologie des Neonazismus infiltriert wurde, bereiten sich die USA auf ein Scheitern vor, indem sie sich erneut einer Sache anschließen, die auf lange Sicht das geforderte Opfer nicht wert ist, von denen erbracht zu werden, die aufgerufen sind, diese Sache zu verteidigen. Zuzulassen, dass diese Militärhilfe ohne die Art von vorgeschriebener Aufsicht weitergeführt wird, garantiert, dass nicht nur US-Steuer Gelder für eine verlorene Sache verschwendet werden, sondern dass jede Chance verloren geht, Mängel im Hilfsprogramm frühzeitig zu entdecken, um die Art kritischer politischer Anpassungen vorzunehmen, die notwendig sind, um eine Katastrophe abzuwenden.

*Übersetzt aus dem [Englischen](#). **Scott Ritter** ist ein ehemaliger Geheimdienstoffizier des US Marine Corps. Er diente in der Sowjetunion als Inspektor bei der Umsetzung des INF-Vertrags, im Stab von General Schwarzkopf während des Golfkriegs und von 1991 bis 1998 als UN-Waffeninspektor. Man kann ihm auf [Telegram](#) folgen.*

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.